

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1922**

38 (23.1.1922) Abendausgabe

Verlagsstelle:
Badische Zeitung
Am 1. April 1918: Am Verlage
und in den Abteilungen abwärts
monatlich M 13.50. Frei ins Haus
an jeder M 10.
u. s. w.
Die Abgabe von Inseraten...
Anzeigen:
Die Abgabe von Inseraten...

Badische Presse
und
Handels-Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur:
Herr Dr. phil. Wilhelm
König
Redaktion:
Karlsruhe, Friedrichstraße Nr. 38/39

Verbreitete Zeitung Baden's.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Finanzzeitung / Eisenbahndienst / Feld u. Garten / Feuilleton / Arbeiterzeitung / Volk u. Heimat

Um das Steuerkompromiß.

In Berlin, 23. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die innerpolitische Lage hat in den letzten 48 Stunden keine Veränderung erfahren; man kann eher vom Gegenteil reden. Wenn auch an der interfraktionellen Besprechung am heutigen Montag...

Es bleibt nun also abzuwarten, ob die Drohung der gewünschten Erfolg haben wird, ob sich das Zentrum den Bedingungen der Sozialdemokraten unterwirft oder ob Herr Wirth ein Stück Weges mit den Unabhängigen gehen wird.

III. Berlin, 23. Jan. (Drahtbericht.) Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen in der Steuerfrage nach nicht weiter gediehen. Heute vormittag tritt die mehrheitssozialdemokratische Fraktion des Reichstages zusammen, um sich über die Frage des Steuerkompromisses zu unterhalten. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß diese Sitzung eine Ueberraschung bringen wird.

Die Antworten an die Reparationskommission.
II. Berlin, 22. Jan. (Drahtbericht.) Am Mittwoch soll die Beschrift der Antwort an die Reparationskommission, die mehr eine Note als eine Denkschrift bildet, hergestellt werden und am Donnerstag die Uebergabe an die Reparationskommission erfolgen.

Der erledigte Oberste Rat.

II. London, 21. Jan. (Drahtbericht.) Robert Cecil sagte gestern Abend in einer Rede vor der Liga des Friedensbundes, daß die Sitzungen des Obersten Rates kaum wieder aufleben dürften; nach den letzten Erklärungen Poincarés müsse man die Tätigkeit des Obersten Rates als abgeschlossen betrachten.

III. Paris, 21. Januar. (Drahtbericht.) Wie das „Echo de Paris“ meldet, werden in zwei bis drei Tagen in London die englisch-französischen Besprechungen beginnen. Frankreich wird dabei durch seinen Botschafter in London vertreten sein. Lloyd George hat in seinen letzten Besprechungen mit Poincaré dieser Verhandlungsmethode zugestimmt.

III. Paris, 22. Jan. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, sind die Dokumente, welche die Grundlage der französisch-englischen Verhandlungen bilden sollen, fertiggestellt. Es handelt sich um vier Noten folgenden Inhalts: 1. Zulassungsverträge der französischen Regierung zu dem vorgeschlagenen Text der englischen Regierung zu dem englisch-französischen Schutzvertrag; 2. französische Vorschläge, um den türkisch-griechischen Krieg durch Vermittlung der Mächte zu Ende zu führen; 3. Regelung der Frage von Tanger und 4. Stellungnahme der französischen Regierung zur Frage der Konferenz von Genua.

III. Paris, 23. Jan. (Drahtbericht.) In einer der vier Noten, die Poincaré dieser Tage der englischen Regierung unterbreiten wird, um die in Genua sich abgedrohten Verhandlungen fortzusetzen, wird Poincaré mitteilen, daß er, um einem Wunsche Lloyd Georges entgegenzukommen, die Möglichkeit in Erwägung ziehen will, persönlich nach Genua zu gehen. Doch wünscht Poincaré seinerseits ein endgültiges Garantieverlangen, daß keine der Bestimmungen des Verlaßlicher Vertrages in Genua diskutiert wird, und auch, daß während der Konferenz von Genua nicht plötzlich eine Sitzung des Obersten Rates einberufen wird. In der Note, die sich mit der engl.-franz. Allianz beschäftigt, soll Poincaré sich im weiteren auf den Standpunkt stellen, daß die Allianz nicht nur im Falle eines deutschen Angriffes auf Frankreich wirksam wird, sondern schon in dem Augenblick, wo feindliche Truppen die gegenwärtige neutrale Zone betreten.

III. Paris, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Durch Regierungsbefehl wurde der Direktor für die politischen Angelegenheiten im Aus-

wärtigen Amt, Ferrate della Rocca, zum Staatsrat in außerordentlicher Verwendung ernannt. Er soll in dieser Eigenschaft den vor einiger Zeit von seinem Amte zurückgetretenen Generalsekretär Vertelletto ersetzen.

Der Eisenbahnerstreik in Sachsen.

III. Dresden, 22. Jan. Streikende Eisenbahner legten mittags im Dresdener Hauptbahnhof und an einigen anderen Dresdener Dienststellen den Verkehr teil- und streckenweise lahm. Es handelt sich zunächst um einen wilden Streik, der gegen den Willen der Organisation ausbrach und vorerst auf Dresden beschränkt ist. Eisenbahnpräsident Meitig forderte durch Erlass die Eisenbahner auf, alles zur Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebs im Interesse der Volkswohlfahrt zu tun.

III. Dresden, 22. Jan. Der Eisenbahngeneraldirektion Dresden ist es bisher möglich gewesen, den Hauptverkehr größtenteils, wenn auch mit Verhätlungen, aufrecht zu erhalten.

III. Berlin, 22. Jan. Bei dem Hauptvorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes ging die telegraphische Mitteilung aus Dresden ein, daß Samstag mittags um 12 Uhr die Werksstätten den Betrieb eingestellt haben. Als Grund wird demagogisches Treiben unverantwortlicher Personen angegeben. Die in Berlin zu einer Konferenz versammelten Vorstandsmitglieder und Bezirksleiter haben sofort zu der Sachlage Stellung genommen. Der Vorstand fasste einstimmig den Beschluß, der auch die Billigung sämtlicher Bezirksleiter fand, jede Verantwortung für den Streik und seiner Unterstützung abzulehnen. Er warnt außerdem dringend alle Verbandsmitglieder, sich dieser wilden Bewegung anzuschließen. Die in den Ausstand getretenen Mitglieder werden ermahnt, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

III. Dresden, 23. Jan. (Drahtbericht.) Die Lage im Eisenbahnerstreik hat sich zuspitzet. Es sind bereits einige Verhandlungen aufgenommen. Die für heute vormittag bevorstehenden Verhandlungen lassen ein weiteres Umschlagen des Streikes nicht als ausgeschlossen erscheinen. Eine Besammlung der Eisenbahnbeamten beschloß gestern vormittag, in den Streik zu treten, wenn bei dem am Dienstag in Berlin stattfindenden Verhandlungen die Forderungen der Eisenbahner von der Reichsregierung abgelehnt werden sollten. Die Kollegen, die sich bereits im wilden Streik beteiligten, sollen von der Reichsregierung bestraft werden. Gestern mittags 12 Uhr trafen die Arbeiter der Eisenbahndirektionen der Städte Dresden und der Eisenbahnwerkstätten in den Streik. Die Züge nach Riesa, Leipzig und Görlitz waren überfüllt; Lokomotiven wurden jedoch nicht mehr gestellt. Der Wiener Schnellzug wurde bis nachts 12 Uhr aufrechterhalten, jedoch mußten die Züge bei vollkommenem bunten Eisenbahnwagen ihren Weg nehmen. Der Güterverkehr wird nur in beschränktem Umfang aufrechterhalten; es handelt sich hierbei um unwichtiges Rangierarbeiten und Lebensmitteltransport.

Ain deutscher Handelsvertrag mit Amerika.

III. New-York, 21. Jan. In Verantwortung eines Schreibens der New-Yorker Kaufmannsvereinigung, die ihre Mitwirkung bei den Verhandlungen über die Handelsverträge mit Deutschland angeboten hatte, erklärte Handelssekretär Hoover: Ursprünglich war geplant, über einen solchen Vertrag zu verhandeln. Wir haben aber beschlossen, die Angelegenheit vorläufig zu verlagern. Es ist dies auf die Tatsache zurückzuführen, daß wir uns in einem Vertrag mit Deutschland die besonderen Rechte und Vorrechte vorbehalten haben, den alliierten und assoziierten Mächten durch den Vertrag von Versailles verliehen worden sind. Nach reichlicher Ueberlegung sind wir zu der Ansicht gekommen, daß die Bestimmungen dieses Vertrages die Interessen der amerikanischen Geschäftswelt schützen, auch ohne daß wir in Verhandlungen über einen besonderen Handelsvertrag eintreten.

Nürnberg und Fürth.

III. Fürth, 22. Jan. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Der seit Wochen mit großer Leidenschaftlichkeit geführte Kampf für und gegen eine Vereinigung der Stadt Fürth mit Nürnberg ist heute durch Volksabstimmung in Fürth mit einem überraschenden Ergebnis zu Gunsten der Gegner entschieden worden. Bei einer Wahlbeteiligung von ungefähr 80 Prozent stimmten zwei Drittel der Wähler gegen und nur ein Drittel für eine Vereinigung mit Nürnberg.

Die bayrische Gesandtschaft in Stuttgart.

III. München, 22. Jan. Die Regierung hat dem Landtag den Entwurf einer Verordnung über die Errichtung einer bayrischen Gesandtschaft in Stuttgart vorgelegt. Die Errichtung der Gesandtschaft soll mit dem 1. Februar 1922 erfolgen. Sie wird dem Staatsministerium des Äußeren unterstehen. Es ersuchte gebeten, heißt es in dem Entwurf, die frühere Gesandtschaft in Stuttgart wiederherzustellen und ihre Wirksamkeit auf Baden und Hessen auszu dehnen.

Die Schlußverhandlungen über Oberschlesien.

III. Warschau, 21. Jan. (Drahtbericht.) Einer polnischen halbamtlichen Meldung zufolge ist von der deutschen und der polnischen Delegation folgendes Programm für die Schlußverhandlungen über Oberschlesien vereinbart worden. Vom 6. Februar an sollen im Laufe von drei Wochen in Genf die Schlußverhandlungen und die endgültige Festlegung des Abkommens erfolgen, wobei Calendar bei etwaigen Differenzen als Schiedsrichter fungieren soll. Das Unterzeichnete Abkommen soll alsdann binnen zwei Wochen von Deutschland und Polen ratifiziert und dem Völkerbund in Paris mitgeteilt werden mit dem Erlaßen die Interalliierte Kommission zu übergeben. Gleichzeitig mit den Genfer Verhandlungen sollen die technischen Einzelheiten der Uebernahme von Polnisch-Oberschlesien durch die polnischen Behörden festgelegt werden. Die Uebernahme selbst dürfte nicht vor Ende April erfolgen.

Frankreichs Schulden an Amerika.

III. Washington, 23. Jan. (Drahtbericht.) Der französische Botschafter hat der Regierung mitgeteilt, daß Frankreich nicht in der Lage ist, die nächste Zinszahlung der Kriegsschulden zu leisten. Die Meldung ist bisher noch aus keiner andern Quelle bestätigt. Sie muß mit großer Vorsicht aufgenommen werden. D. Sch.

Umschau.

Morgen wird die Moratoriumsfrage reichstagsfähig. Die Reichsregierung wird auch bei der Nachholung dessen, was eigentlich längst hätte geschehen sollen, die Initiative ergreifen. Das deutsche Volk und seine Parteien haben sich bisher höchstens einmal gegen die Idee gewehrt, nie aber gegen die Herausforderung von Gefahren. Die Gefahren schiden sich an, zu leiden zu werden, und da wird man aus den Kreisen der Betroffenen Klagen und Seufzer hören, die aber nichts nützen werden, weil sie zu spät kommen.

Trotz der These vom Eingreifen der Erwerbstätigen in die Politik, trotz Fachmännerkult, Reichswirtschaftsrat und Sachverständigenausschüssen hat die deutsche Wirtschaft den finanz- und wirtschaftspolitischen Vorschlägen der Reichsregierungen zugehört. Sie wehrte sich auf Richtung noch auf planvolle Bewußung gehalten. Es war in mancher Beziehung ähnlich wie vor dem Kriege. Es wurde bedient, und wenn unangenehme Worte an das Ohr der Wirtschaften drangen, so gab es Toren und Trister, die den abernen Kreiztreim von der Vernunft, die auch bei unseren Gläubigern marktschreie und von dem langsamem, aber sicheren Aufstieg nachbelebte und dadurch die Denkschwärze wieder beruhigten. Es ist erst wenige Wochen her, seit wir alle es in den Fingerspitzen spüren daß die bisherige Konjunktur wandt. Die wenigsten haben sich über das eigentliche Wesen der bisherigen Konjunktur Klarheit verschafft. Die Kette der Zusammenhänge wurde nicht zu Ende gedacht. Man sagte: Der Kurssturz der 1. März hat immer wieder eine Neubebung der Konjunktur zur Folge; der Kurssturz der März aber kammt aus der Festsetzung des Londoner Zahlungsplanes vom 5. Mai 1921, demzufolge das Reich laufend steigende Barbeträge zu zahlen hat. Damit begnügte man sich. Fast nirgends wurde weiter gefragt: Wohin erfüllt das Reich seine Verbindlichkeiten im Innern und nach Außen, und welche Folgen muß die Kontrahierung immer neuer Schulden haben? Man übersah, daß die Wirtschaft eines Landes der Garant der öffentlichen Verbindlichkeiten ist, auch wenn der von uns unterzeichnete Versailler Friedensvertrag es nicht noch einmal ausdrücklich — für die ausmörtigen Verbindlichkeiten — betont hätte. Die deutsche Volkswirtschaft hat ihre Dividenden und Gewinnanteile mit den ungedeckten Geschehenen gezahlt, die das Reich immer wieder neu druckte. Das Reich und mit ihm die anderen öffentlichen Organe Deutschlands haben sich in Schulden gefürzt und die Wirtschaft verdienen lassen; nicht bewußt und absichtlich, sondern weil sie die Finanzprobleme technisch nicht meistern konnten.

Bisher haben wir von der großen Reparations Schuld wenig mehr als 1 Milliarde bezahlt. Da wir nicht einmal den eigenen inneren Finanzbedarf aus ordentlichen Einnahmequellen zu decken vermochten, hatten wir selbstverständlich auch keine Fonds zur Verfügung, aus denen wir unsere Gläubiger hätten befriedigen können. Bei der Konjunktur der letzten Monate hätten wir — wenn wir stets annehmend den vollen Weltmarktpreis erzielt hätten und von keiner Stelle geküßt worden wären, — vielleicht einen Teil der uns auferlegten Reparationslast abtragen können. Da aber die Konjunktur dem Tode geweiht ist, besitzen wir zur Zeit überhaupt keine Zahlungsfähigkeit. England, das von vielen Deutschen als der mildeste aus der Zahl unserer Gläubiger angesehen wird, ist festenschlossenen, den einzigen Weg, auf dem wir zahlungsfähig werden können, schrankenlose Produktions- und Ausfuhrmöglichste, zu verbarrieren. Das Ziel der britischen Reparationspolitik ist die Vertiefung unserer Produktion und die Drofflung unseres Abfahes. Die Vertiefung der Eisenbahn- und Postwege, der verstärkte Abbau der Produktions- und mancher andere, das vorbereitet wird, ist von den britischen Wirtschaftspolitikern schon vor Monaten als notwendig zur Erzielung einer deutschen Zahlungsfähigkeit gefordert worden; gemeint war aber stets: „Vertiefung Englands von dem Druck der immer wieder neu entstehenden deutschen Valutakonjunktur.“ Siegt in der Reparationsfrage Frankreich, so wird unser Reichs- und Wirtschaftskörper verstümmelt; siegt aber England, so wird uns Luft und Licht genommen; Seylla und Charybdis. Esobden einer neuen Valutakonjunktur sind möglich; unmöglich ist aber, daß sie von Dauer sind und das Leben unserer Wirtschaft sichern. Die Sachversicherungsmanie, die gewisse führende Persönlichkeiten erfährt hat, erstreckt die Sicherung unserer Produktion trotz Abschusses vom Weltmarkt. Die Lieferungen in das zerstörte Nord-Frankreich werden keine Wahrgarantie sein; Frankreich wird bei schlechter Weltkonjunktur seiner eigenen Industrie die Auftragsaufträge zu schwächen und uns — die Redenmannen präsentieren. Auch die deutsche Lohnarbeit in Rußland, für die England eintritt, ist kein Ersatz für den Abwas auf dem Weltmarkt, weil unsere Lieferungen nicht in bar, sondern in Guthabrischen auf dem sterbenden Reparationskonto „bezahlt“ werden würden. Was die Siegermächte in der letzten Zeit an Verlusten, Arbeitslosigkeit und Einzelendem geholt haben, soll uns auferlegt werden. Das ist das Ziel des „mildesten“ unserer Gläubiger.

Die Schlinge um Poincaré.

III. München, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Herr v. Siebert, vor dem Kriege Sekretär der russischen Botschaft in London, der Verfasser des Januarheftes der Süddeutschen Monatshefte — „Einführung“ — teilt den Münchener Neuesten Nachrichten mit: Der französische Ministerpräsident Poincaré hat vor kurzem in der französischen Kammer erklärt, die kürzlich veröffentlichte Korrespondenz zwischen Cassanow und Iwolsky sei erfunden. Ich bin bereit, den Krieg der von mir veröffentlichten Akten einer neutralen Kommission oder einer neutralen Regierung zur Prüfung und Begutachtung vorzulegen.

III. Königsberg, 22. Jan. (Drahtbericht.) Aus den Tagebüchern des Admirals Koltschal veröffentlicht die Sowjetregierung Auszüge. Bemerkenswert ist dabei folgender Passus: Bereits im Jahre 1907 kamen wir zu der festen Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines großen europäischen Krieges. Der Generalstab der Armee und der Marine-Generallstab erhielten die Anweisung, in künftigen Arbeiten Deutschland als Feind zu behandeln. Ich will betonen, daß der Weltkrieg von uns als rasch heranachend angesehen wurde. Wir trafen alle notwendigen Vorbereitungen, sobald die Katastrophe uns durchaus nicht überrraschte. Wir haben sie ruhig erwartet und dürften uns nur im Zeitpunkt des Kriegsausbruchs um wenige Monate geirrt haben.





